

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



---

September 2007

Liebe GAR-Mitglieder,  
ich hoffe Ihr hattet eine angenehme sitzungsfreie Zeit und kehrt guten Mutes in die Gremienarbeit zurück.

In diesem Rundbrief erhaltet Ihr Informationen zu folgenden Themen:

1. Zwei interessante GAR-Seminare im Oktober in Stuttgart im Landtag
2. Klimaschutz als neuer Schwerpunkt bei der kommunalpolitischen Infothek
3. Öffentlichkeit von Sitzungsunterlagen in Tübingen großzügig geregelt
4. Antrag zum Energieausweis für städtische Gebäude – aus Stuttgart
5. Von wegen Klimaschutz durch Atomenergie – aufgespießt aus der Energiezeitung
6. Ökologische Kriterien bei der Waldbewirtschaftung im Land vielfach nicht beachtet
7. Buchtipp zur familienfreundlichen Kommunalpolitik
8. Buchtipp zum Klimaschutz bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften
9. Neue AKP erschienen

Mit freundlichen Grüßen

## 1. Zwei interessante GAR-Seminare im Oktober im Landtag

### 1. Doppelte Buchführung (Doppik)

Einige Städte und Gemeinden haben bereits damit begonnen, ihre Haushalte auf die doppelte Buchführung umzustellen. Auf Landesebene ist ein Gesetz in Vorbereitung, das für die Kommunen diese neue Darstellungsform der städtischen Finanzen vorsieht.

Für alle, die sich rechtzeitig mit der neuen Haushaltssystematik befassen möchten, bietet die GAR am 6. Oktober ein Einführungsseminar an – siehe Programm am Ende des Rundbriefes.

### 2. Grüner Einkauf in Kommunen. Ökologisch, fair, sozial

Kommunen sind ein wichtiger Nachfrager auf dem Markt. Es ist also von großer Bedeutung, welche Produkte sie kaufen: große Transportwege, Kinderarbeit, umweltschädliche Behandlungsverfahren etc. - solcherlei Negativkriterien würden wir gerne ausschließen, müssen aber die Vorschriften des Vergaberechtes beachten.

Wie dies konkret machbar ist, darüber informiert das Seminar am 20.10. 2007. Siehe Programm am Ende des Rundbriefes

## 2. Themenschwerpunkt in der kommunalpolitischen Infothek: Klimaschutz

Die Forderungen nach mehr Klimaschutz scheinen zwar Allgemeingut zu werden, aber dennoch ist es sicherlich hilfreich, das Hintergrundmaterial und die Argumentationshilfen zum Klimawandel und seinen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen parat zu haben. Die kommunalpolitische Infothek hat sie griffbereit zusammengetragen und ins Netz gestellt. Hier ist der Link:

<http://www.kommunale-info.de/index.html?/asp/Themenpaketanzeige.asp?ThemenpaketId=1012700>

## 3. Öffentlichkeit von Unterlagen zur Vorberatung in nicht öffentlichen Sitzungen

Die Stadt Tübingen hat ihre Geschäftsordnung geändert. Alle Unterlagen, die im Gemeinderat öffentlich behandelt werden, sind auch schon zum Zeitpunkt der nicht öffentlichen Vorberatung öffentlich. Vom Zeitpunkt Ihres Versandes für die Ausschussberatungen ab, können Rätinnen und Räte diese Unterlagen an Interessierte oder die Presse weitergeben. Selbstverständlich bleiben vertrauliche Unterlagen, die nie öffentlich beraten werden, stets nicht öffentlich.

Die Gemeinderatsvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung ist auf der GAR-Internetseite eingestellt und kann im GAR-Büro bestellt werden.

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1390>

## 4. Antrag zum Energieausweis für städtische Gebäude

Der folgende Antrag aus Stuttgart ist sicherlich landesweit von Interesse:

„Die Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) tritt dieses Jahr am 1. Oktober in Kraft. Eine der Neuerungen ist der Energieausweis für Gebäude. Damit soll der Energieverbrauch der Gebäude festgestellt werden. Auf Grundlage dieser Feststellung wird dann auch eine Empfehlung zur Modernisierung und Energieeinsparung gegeben. Damit wird jedes Gebäude in Zukunft energetisch bewertet. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung Energieeinsparung, denn mit der Kenntnis des jetzigen Verbrauchs lassen sich Einsparpotentiale gut ermitteln.

Ab 1. Juli 2008 wird der Energieausweis für Bestandsgebäude Pflicht. Spätestens ab 1. Juli 2009 muss auch für öffentliche Gebäude ein Energieausweis erstellt sein.

Die Erstellung der Energieausweise für die städtischen Gebäude ist keine Kleinigkeit, wenn man die Vielzahl der städtischen Gebäude bedenkt. Es wird viel Arbeit erfordern, die gesetzliche Forderung bis 1. Juli 2009 zu erfüllen und für die städtischen Liegenschaften Energieausweise auszustellen.

### **Wir beantragen daher:**

- Die Verwaltung stellt im Ausschuss für Umwelt und Technik dar, wie groß der Umfang der Umsetzung der EnEV 2007 ist und wie die Ausstellung der Energieausweise bis 1. Juli 2009 erfolgen soll.
- Die Verwaltung berichtet bis zu den diesjährigen Haushaltsberatungen, welche finanziellen Mittel für die Umsetzung dieser gesetzlichen Maßnahme notwendig sind.“

## 5. Von wegen Klimaschutz durch Atomkraft

Zitat aus der Energiezeitung von Franz Untersteller, MdL:

Von wegen Klimaschutz – eine Studie des Öko-Instituts errechnet die tatsächlichen Kohlendioxidemissionen atomkraftgestützter Energieversorgungssysteme. Kernkraftwerke erzeugen – im Gegensatz zu Kohlekraftwerken – bei der Stromproduktion keinerlei Treibhausgase. Mit diesem Argument versuchen die Betreiber seit Monaten in der Debatte um die von ihnen geforderte Laufzeitverlängerung Boden gut zu machen. Dass diese Argumentation

bei genauerer Betrachtung ziemlich ins Wanken gerät, zeigt eine vom Öko-Institut erstellte Kurzstudie, (FRITSCHKE, U. u.a. „Treibhausgasemissionen und Vermeidungskosten der nuklearen, fossilen und erneuerbare Strombereitstellung“) die als pdf unter der Rubrik „Forschungsberichte“ von der Website [www.oeko.de](http://www.oeko.de) herunter geladen werden kann. Interessant ist das Papier vor allem in dem Teil, der sich mit den sog. Bruttobilanzen, sprich den Treibhausgasbilanzen der Strom- und Wärmebereitstellung, auseinandersetzt. Rund zwei Drittel der Energie werden bei Kernreaktoren ungenutzt als Abwärme an die Umwelt abgegeben. Strombezugskunden müssen ihren Wärmebedarf also anderweitig – z.B. durch Öl, Gas, Kohle etc. – decken. Wird diese Deckung beispielsweise auf Ölbasis realisiert, dann – so das Ergebnis der Untersuchung – werden pro Kilowattstunde Atomstrom plus zwei Kilowattstunden Wärme aus Heizöl mit 772 Gramm CO<sub>2</sub> sogar mehr Kohlendioxidemissionen frei, als wie wenn Strom und Wärme gleichzeitig mit erdgasgestützten Blockheizkraftwerken (BHKW) nahe bei den Verbrauchern produziert werden (751 g). Noch ungünstiger sieht die Bilanz aus Sicht eines Energieversorgungssystems unter Einschluss der Kernenergie aus, wenn BHKW aus der Basis von Biogas als Alternative gerechnet werden.

Link zur neuesten Ausgabe der Energiezeitung auf der GAR-Internetseite mit vielen aktuellen Informationen zur Energiepolitik im Land <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384>

## 6. Verstärkter Holzeinschlag gefährdet Lebensräume im Wald

Die günstige Situation auf den Holzmärkten hat zu einer Steigerung des Holzeinschlags in Baden-Württemberg geführt und auch im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform ist der Druck auf die Forstverwaltung gestiegen, „schwarze Zahlen“ zu schreiben und möglichst gute betriebswirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen. Zu befürchten ist, dass darunter die ökologische Funktion des Waldes ins Hintertreffen gerät und insbesondere Alt- und Höhlenbäume sowie Totholz stark dezimiert werden. Während es in anderen Bundesländern z.T. Programme zum Schutz von Bäumen mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz gibt, z.B. das „Dicke-Buchen-Programm“ im Saarland, fehlen in Baden-Württemberg klare Regeln. Die Landesforstverwaltung ist offensichtlich weder bereit, die gute fachliche Praxis für die Waldbewirtschaftung zu definieren (wie das Belassen einer Mindestanzahl von Alt- und Totholzbäumen), noch Alt- und Totholz individuell zu markieren und zu schützen.

Landtagsanfrage "Auswirkungen verstärkten Holzeinschlags auf die Lebensraumfunktion des Waldes": Hierzu gibt es eine kleine Anfrage von Gisela Splett, MdL [www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14\\_1391\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/1000/14_1391_d.pdf)

Auch der BUND-Landesverband hat vor einer Übernutzung der Wälder gewarnt und Forderungen formuliert, deren Einhaltung auf kommunaler Ebene abgefragt werden könnte. Pressemitteilung des BUND-Landesverbandes auf der GAR-Internetseite:

<http://www.gar-bw.de/index.php?id=1389>

Beide Papiere können auch im GAR-Büro bestellt werden

## 7. Buchtipp – familienfreundliche Kommunalpolitik

Ein Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen herausgegeben von Nora Schmidt, 2006 18,20 Euro ISBN 10: 3-89983-152-7

Cornelsen Verlagskontor, Thomas Ulber, Fax 0521 9719 206 E-Mail: [thomas.ulber@cvk.de](mailto:thomas.ulber@cvk.de)

Es enthält fachliche Argumentationshilfen, praxisnahe Anregungen für die Implementierung familienfreundlicher Maßnahmen. Nach einleitenden Fachbeiträgen werden die Steuerungsinstrumente dargestellt und durch Beispiele aus der kommunalen Praxis ergänzt.

## 8. Buchtipp – Energiesparen im Mietwohnungsbau

Leitfaden für Wohnungswirtschaft und damit auch für kommunale Wohnungswirtschaft – zum Klimaschutz

Die Stiftung Stadtökologie hat fürs Energiemanagement im Geschosswohnungsbestand einen Leitfaden für die regionale Wohnungswirtschaft herausgegeben. Er fokussiert die vier Themen:

Energiecontrolling, energiebewusstes Nutzerverhalten, Optimierung der Wärmeversorgung, und energetische Modernisierung.

Kostenlos bei Stiftung Stadtökologie, Dr. Jürgen Seeberger, Landgrabenstr. 94, 90443 Nürnberg, Tel. 0911 288232

[Stadtoekologie.nbg@t-online.de](mailto:Stadtoekologie.nbg@t-online.de)

## 9. Neue AKP erschienen

Die neueste Ausgabe der Fachzeitschrift "Alternative Kommunalpolitik" (AKP) ist erschienen. Nr. 5/2007 bietet wieder zahlreiche interessante Artikel:

AKP-Schwerpunktthema: Energie + Klima

Auch Kommunen können ihr Scherflein zum Klimaschutz beitragen. Wir lassen PraktikerInnen aus Hannover, Münster und dem Landkreis Göttingen (in dem das Bioenergiedorf Jühnde liegt) von ihren Erfahrungen berichten, geben einen Überblick über die lokalen Handlungsfelder und stellen die Pläne für neue Kohlekraftwerke sowie das bündnisgrüne Positionspapier "Energie 2.0" vor.

Weitere Themen

Leitbilddebatte "Kreative Stadt"

Denkmalpflege: Kein Luxus, sondern Innovationsmotor

Open Source: Die Software-Revolution beginnt in den Schulen

Shisha-Konsum von Jugendlichen: Nur ein Wasserpfeifen?

Das Inhaltsverzeichnis ist in der Anlage sowie unter [www.akp-redaktion.de](http://www.akp-redaktion.de) zu finden.

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



---

## Umstellung des kommunalen Haushalts auf die doppelte Buchführung (Doppik) - was Rätinnen und Räte drüber wissen sollten

In naher Zukunft müssen sich die Kommunen und die Räte mit der Doppik auseinandersetzen. Das Seminar geht theoretisch und mit praktischen Beispielen auf folgende Fragen ein:

- Wie ist ein kommunaler Haushalt nach den Regeln der doppelten Buchführung aufgebaut?
- Was sind die wesentlichen Unterschiede zur bisherigen kameralistischen Buchführung?
- Wie ändern sich die Einflussmöglichkeiten und die Entscheidungsabläufe im Gemeinderat?

**Seminartermin:** Samstag, 6.10.2007 von 10:30 Uhr bis 14:30 Uhr  
**Ort:** Landtag, Stuttgart, Fraktionssitzungssaal der Grünen  
**Referent:** Ulrich Steinbach, Verwaltungswissenschaftler, Mainz  
**Praxisbericht:** Bettina Lisbach, Gemeinderätin aus Karlsruhe  
**Seminargebühr:** für GAR Mitglieder keine, für Nichtmitglieder 30 Euro

Seminarablauf:

10:00 Uhr	Ankommen bei Kaffee und Brezeln
10.30 Uhr	Einführung in die Grundlagen der doppelten Buchführung bei Kommunen, Vergleich mit der bisherigen kameralistischen Buchführung Fragen und Diskussion
12.30 Uhr	Mittagspause mit Imbiss
13.00 Uhr	Bericht aus der Praxis, Diskussion unter den SeminarteilnehmerInnen
14:30 Uhr	Ende der Veranstaltung

Anmeldungen bitte bis zum 1.10.2007 im GAR-Büro

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



---

## Kommunale Beschaffung

### Durch „grünen Einkauf“ Qualität, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und fairen Handel zusammen führen.

An Hand unterschiedlicher Produktfelder werden die rechtlichen Rahmenbedingungen und die praktischen Umsetzungsbedingungen für „grünen Einkauf“ in Städten und Gemeinden dargestellt und diskutiert.

**Seminartermin:** Samstag, 20.10.2007 von 10:30 Uhr bis 14:30 Uhr  
**Ort:** Landtag, Stuttgart, Fraktionssitzungssaal der Grünen  
**Referentinnen:** Gisela Splett, MdL; Suzan Ünver, Wirtschaftswissenschaftlerin  
**Seminargebühr:** für GAR Mitglieder keine, für Nichtmitglieder 30 Euro

#### Seminarablauf:

10:00 Uhr	Ankommen bei Kaffee und Brezeln
10.30 Uhr	Ökologische und soziale Kriterien in der kommunalen Beschaffung - Rechtliche Rahmenbedingungen, Umsetzungsvoraussetzungen, Chancen und Hemmnisse (Suzan Ünver)
11.30 Uhr	Fair einkaufen, grün einkaufen – Geeignete Produkte und Dienst- leistungen, Leistungsmerkmale und Qualitätskriterien (Gisela Splett)
12.30 – 13.00 Uhr	Mittagspause mit Imbiss
13.00 Uhr	Beispiele aus der Praxis, Informationsquellen, Umsetzungsstrategien (Suzan Ünver und Gisela Splett)
15 Uhr	Ende der Veranstaltung

Anmeldungen bitte bis zum 15.10.2007 im GAR-Büro